

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 17 (1925)
Heft: 1

Artikel: Wie hoch ist der Reparationsanteil?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

beseelt, der den freien Gewerkschaften Europas Leben und Glut, Kraft und Wegrichtung gibt. Sie stehen dem heutigen Gesellschaftszustand keineswegs ablehnend gegenüber, sondern glauben in diesem zu ihrem Rechte und ihrem Ziel zu kommen. Und wer sie darin eines andern belehren, zur sozialistischen Gewerkschaftsauffassung bekehren will, dem begegnen sie mit einem Hinweis auf ihre Errungenschaften, auf ihre Löhne, Arbeitszeit und dergleichen. Diese konservative Auffassung bestimmt auch die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften auf politischem Gebiete. Ein Teil der Mitgliedschaft folgt der republikanischen, ein Teil der demokratischen Partei. Wenn nicht die eine, dann kann sicherlich die andere die politischen oder gesetzlichen Forderungen der Gewerkschaften und auch den politischen Ehrgeiz der Führer erfüllen, weil die eine oder die andere die Macht dazu hat. Hätte die Leitung des Gewerkschaftsbundes oder Gompers sich vermessen, ein andere politische Linie zu fordern, er hätte mit der Aufkündigung der Gefolgschaft von einem nicht schwachen Teil der Anhängerschaft rechnen müssen. Aber weder die Leitung noch Gompers konnte daran denken, weil er hierin einer Meinung war mit der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft. Selbst wenn er anderer Meinung gewesen wäre, die Gefährdung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung hätte ihn davon abgehalten. Als vor einigen Wochen die Frage erörtert wurde, ob der Gewerkschaftsbund sich auf seinem Kongress in El Paso für die Gründung einer Arbeiterpartei aussprechen solle, schrieben verschiedene und nicht gerade die rückständigsten der amerikanischen Gewerkschafter, es sei das beste, wenn der Kongress gar keine Stellung nehme; denn für die Durchsetzung dieser oder jener Forderung müsse man sich politisch ungebunden an die alten Parteien wenden können.

Was hier gesagt wurde, betrifft indessen einen Geisteszustand, der, wie viele Zeichen annehmen lassen, im Vergehen ist. Die letzte Präsidentenwahl bezeugt schon, dass sich der neue Geist im Schosse des alten Tradeunionismus mächtig reckt und streckt. Für die konservative Gewerkschaftsbewegung waren Gompers und seine engeren Freunde eine starke Stütze, musste sie bleiben, weil sie, die Alten, sich eine von andern Geiste belebte und bewegte Bewegung einfach nicht vorstellen konnten. Mit dem Tode des «great old man» haben die konservativen Gewerkschafter ihren erfahrenen, geschickten, moralisch einflussreichen Führer verloren. Und ohne diesen werden sie weniger siegesicher sein, wenn die Verfechter der neuen Anschauung den Versuch machen, einen der ihren auf den frei gewordenen Präsidentenstuhl des Gewerkschaftsbundes zu bringen. Ob dies gleich beim ersten Anlauf gelingt, ist füglich zu bezweifeln. Aber in einem scheint uns eine baldige Besserung gewiss, nämlich in dem Verhältnis der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zur europäischen, zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Aus einer engen Verbindung der Gewerkschaften der alten und der neuen Welt werden grosse Vorteile auch für die amerikanischen Gewerkschaften spriessen, die ihnen den Verlust des «great old man» etwas leichter tragen lassen werden.

Fritz Kummer.



Wie hoch ist der Reparationsanteil? *

Betrachten wir diese Dinge etwas näher. In welcher Höhe kann sich die Reparationslast auf den Arbeitslohn auswirken? Wenn man erst weiss, dass diese

* Ueber dieses aktuelle Thema schreibt Genosse Tarnow in der deutschen Gewerkschafts-Zeitung den folgenden sehr instruktiven Aufsatz.

Last den Unternehmern zur Begründung niedriger Arbeitslöhne und längerer Arbeitszeit in Deutschland dienen soll, wird man ohne weiteres darauf schwören können, dass sie die Schwere dieser Last übertreiben werden. In der Tat überbieten sich gegenwärtig die Unternehmerorgane darin, die Verelendung und Versklavung des deutschen Volkes als eine unausbleibliche Folge der Durchführung des Dawes-Gutachten in den düstersten Farben zu schildern. Letzten Endes stimmen auch sie dem Dawes-Gutachten zu, weil es nicht anders geht. Aber sie unterlassen dabei niemals, den Zeigefinger gegen die Arbeiter zu erheben, um ihnen mit ernster und strenger Miene zu verkünden, dass nunmehr die Zeit des Fettlebens endgültig vorüber sei und die Arbeitgeber die bittere aber volkswirtschaftlich unabwiesbare Pflicht hätten, das Lohnniveau zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern. Denn anders könne die Reparationslast nicht bewältigt werden. Die Kommunisten, die aus parteitaktischen Gründen in dasselbe Horn tuten und die Verelendung und Versklavung der deutschen Arbeiterschaft aus dem Sachverständigengutachten womöglich in noch schwärzern Farben ausmalen als die Unternehmer, haben offenbar noch gar nicht begriffen, wie sehr sie diesen damit die Hasen in den Stall treiben. Mit welchem Recht kann man sich noch gegen die Lohnpolitik der Arbeitgeber wenden, wenn man anerkennt, dass nicht sie, sondern die bösen Reparationsfeinde Ursache der Verelendung sind? Wer es ernst mit den Interessen der Arbeiter meint, hat wahrlich alle Ursache, von den Uebertreibungen der Reparationsbelastung abzurücken, die nur dazu dienen, dem Lohndruck gegen die Arbeiter ein moralisches Mäntelchen umzuhängen.

Die gesamten Reparationszahlungen sollen nach dem Dawes-Gutachten jährlich 2½ Milliarden Goldmark betragen, d. h. dieser Betrag soll erreicht werden nach fünf Jahren, in der Annahme, dass bis dahin in Deutschland wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse bestehen. Nun ist dies ganz gewiss kein Pappentstiel. Aber man erinnere sich, dass dem deutschen Volke vor dem Kriege — keineswegs von einem «Feindbunde» — ein Militäretat von jährlich 3 Milliarden Goldmark auferlegt war. Nehmen wir einmal an, dass die 2½ Milliarden Reparationszahlungen nicht durch Ersparnisse an andern Stellen ausgeglichen werden könnten und in voller Höhe als neue Belastung zu tragen wären. Es käme dann darauf an, diese Last gerecht zu verteilen. Im Dawes-Gutachten selbst ist sehr klar herausgearbeitet, dass zwar Deutschland im ganzen verarmt ist, dass aber im einzelnen doch erstaunliche Ausnahmen wahrzunehmen seien. Da wären die Inflationsgewinner, die aus der allgemeinen Not Vermögen angesammelt hätten. Da wäre der Staat, der durch die Geldentwertung Schulden und Schuldentilgungsdienst losgeworden sei. Da wäre die Eisenbahn, auf die dasselbe zuträfe und ebenso auf die Privatunternehmungen in Industrie, Handel und Landwirtschaft, die Obligations- und Hypothekenschulden für ein Butterbrot hätten zurückzahlen können. In den andern Ländern dagegen, sagen die Sachverständigen, seien Staatsschulden und Schuldendienst heute grösser als vor dem Kriege und auch die Privatunternehmer hätten sich nicht durch eine Geldentwertung von ihren Schulden befreien können. Wenn daher der entschuldete Staat, die entschuldete Eisenbahn, der entschuldete industrielle Besitz mit Reparationsschulden belegt würden, die nicht einmal die Höhe der frühern und der Verschuldung im Auslande erreichten, so sei das im Grunde genommen keine unerträgliche Mehrbelastung, sondern nur die Wiederherstellung von Lasten, die auch vor dem Kriege bestanden hätten. Aus diesem Gedankengang heraus kommen die Sachverständigen zu

der bekannten Erklärung, dass die auferlegten Reparationslasten keineswegs die Wirkung haben müssten, dass die Lebenshaltung des arbeitenden deutschen Volkes tiefer sinken müsse als in den andern Ländern. Die Sachverständigen waren also der Meinung, dass die Reparationslast von den Geldentwertungsgewinnern getragen werden könnte und müsste.

Nun wollen wir aber einmal annehmen, die Gutachter hätten sich geirrt oder absichtlich ihren deutschen Klassengenossen einen Streich spielen wollen und in Wahrheit könnte die Reparationszahlung nicht vom Besitz, sondern nur von der Arbeit aufgebracht werden. Nehmen wir der Einfachheit halber weiter an, die Gesamtlast soll durch eine gleichmässige Kopfsteuer von allen Erwerbstätigen, deren Zahl über 30 Millionen beträgt, aufgebracht werden. Bei dieser für die Arbeiterschaft ungünstigen Rechnung würde auf jeden Erwerbstätigen eine wöchentliche Reparationssteuer von 1,50 Mk. kommen. Damit vergleiche man die Ankündigung des Unternehmertums, das von der Arbeiterschaft nichts geringeres verlangt als eine Mehrarbeit von mindestens sechs bis zwölf Stunden in der Woche bei einem Arbeitslohn, der tiefer liegen müsse als in der Vorkriegszeit und in solchen Ländern, die frei von Reparationslast sind. Wenn es sich nur um die Reparationsauswirkungen handelte, könnte jetzt die Angelegenheit als genügend geklärt und einfach festgestellt werden, dass das Unternehmertum aus der Arbeiterschaft nicht nur die ganzen Reparationszahlungen, sondern bei dieser Gelegenheit noch ausserdem einen viel grössern Betrag für die eigene Tasche herauswirtschaften will.

Es wird darauf verwiesen, dass es sich nicht nur um die Reparationszahlungen handelt, sondern dass auch das verlorengegangene Volksvermögen wiederhergestellt werden müsse, was nur durch Kürzung des Lohnanteils erreicht werden könne. Dieses Argument ist ausserordentlich bestechend gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo durch Mangel an Betriebskapital die Wirtschaft im grossen Umfange brach liegt. Dabei handelt es sich um einen Mangel an mobilem Kapital, während der Verlust an Sachvermögen in den letzten Jahren stark aufgeholt, an vielen Stellen sogar wesentlich überholt ist. Der Mangel an mobilem Kapital ist ja vornehmlich mit dadurch verursacht, dass in der Inflationszeit die Umwandlung von mobilem in immobiles Kapital im grössten Massstabe vorgenommen wurde. Dass nun aber tatsächlich das Geldkapital in der deutschen Wirtschaft viel zu klein geworden ist, kann nicht bestritten werden. Die Gesamtsumme der Kreditoren bei den deutschen Geldanstalten, d. h. der Gelder, die diesen zur wirtschaftlichen Verwertung zur Verfügung gestellt waren, betrug vor dem Kriege 30 bis 35 Milliarden Goldmark. Davon war ein kleiner Teil Auslandskapital; der weitaus überwiegende Teil bestand aus den deutschen Spargeldern. Allein die Sparkassen waren an der Gesamtsumme Ende 1913 mit 19,7 Milliarden Goldmark beteiligt. Demgegenüber werden die gesamten Einlagen bei den deutschen Geldanstalten für die ersten Monate dieses Jahres auf knapp $\frac{1}{2}$ Milliarde Goldmark angegeben! Hinge die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft aber davon ab, dass sie aus sich selbst heraus erst wieder das erforderliche mobile Kapital erzeugen müsste, wäre die Lage absolut hoffnungslos. Neues Kapital kann sich erst bilden, wenn die Wirtschaft wieder läuft, und diese kann erst wieder in Fluss kommen durch Kapital. Aus dieser Situation herauszukommen, gibt es unter den gegebenen Verhältnissen keinen andern Ausweg als die Zuführung ausländischen Kapitals. Die Zinsen, die dafür an das Ausland gezahlt werden müssen, bedeuten einen Verlust für die deutsche Volkswirtschaft, eine

Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz, und darum ist es durchaus richtig, daran zu denken, durch Schaffung von Eigenkapital diesen Tribut an das Ausland möglichst bald zu beseitigen. Nur muss man sich vor der Illusion hüten, als ob die Bildung von neuem Kapital durch freiwillige oder erzwungene Hungerkuren an der Masse des deutschen Volkes erreicht werden könnte. Die moralisch erbauliche Geschichte von dem strebsamen Familienvater, der durch unermüdlich harte Arbeit und sparsamste Lebensführung seinen Kindern ein Vermögen hinterliess, passt gar nicht so ohne weiteres auf ein ganzes Volk. So schön es klingt, durch Mehrarbeit und gleichzeitige Verbrauchseinschränkung das verlorengegangene Volksvermögen wieder schnell zu ersetzen, so sehr steht dieser Ratschlag bei den gegebenen Verhältnissen mit der volkswirtschaftlichen Logik in Widerspruch. Die Rechnung hat nämlich den Fehler, dass niemand da ist, der uns einen grössern Ueberschuss unserer Produktion abzunehmen bereit wäre. Wenn es nach dem Kriege noch nicht möglich war, auch nur den Export der Vorkriegszeit, geschweige denn ein Mehr zu erreichen, so lag das nicht daran, dass wir nicht hätten mehr produzieren können, sondern dass das Ausland nicht mehr abgenommen hat. Wie die Dinge liegen, werden wir schon froh sein dürfen, wenn in absehbarer Zeit wenigstens der Vorkriegsexport wieder erreicht wird. Aber auch damals machte der Export kaum 10 v. H. unserer gesamten Produktion aus. Mindestens 90 v. H. wurden im Inland verbraucht. Wenn man berücksichtigt, dass zur Zeit der Inlandverbrauch auf zwei Drittel, höchstens drei Viertel der Vorkriegszeit gesunken, gleichzeitig auch die Exportmöglichkeit geringer geworden ist, dann erkennt man ohne Mühe, von welcher volkswirtschaftlichen Schlaueit der Rat ist, den Verbrauch im Innern noch mehr einzuschränken. Der Gemeinderat von Schilda würde unter ähnlichen Verhältnissen vermutlich auch keinen andern Beschluss gefasst haben. In Wahrheit kann die deutsche Wirtschaft zu einem vollen Betrieb nur dann wieder gebracht werden, wenn der Verbrauch im Inland so steigt, dass eine gesteigerte Produktion hier Absatz finden kann. Wollte man durch Verringerung der Lohnsumme und damit der Konsumkraft an einer Stelle Kapital «sparen», so würde an anderer Stelle und in der gesamten Wirtschaft durch Brachliegen grosser Teile des Produktionsapparates und vermehrte Arbeitslosigkeit ein Vielfaches davon als Verlust zu buchen sein. *Nicht Verminderung, sondern Steigerung der Lebenshaltung der breiten Masse ist die Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft.* Die Lohnpolitik der Arbeitgeber, die theoretisch und praktisch nur das eine Ziel kennt, die Lebenshaltung der breiten Masse herabzudrücken, entpuppt sich somit als geradezu verderblich für die Volkswirtschaft und das allgemeine Wohl.

Es ist also nichts mit dem schnellen Zusammenhungen eines neuen Volksvermögens. Dieses kann vielmehr erst bei fortschreitender Besserung der volkswirtschaftlichen Lage und gesteigerter Exportmöglichkeit allmählich entstehen. Nehmen wir aber an, die volkswirtschaftliche Voraussetzung wäre gegeben, und es soll nun also, nach dem Vorschlage der Arbeitgeber, die Arbeiterschaft auf einen Teil ihres erarbeiteten Lohnes verzichten, auf dass neues Kapital gebildet werde. *Wem soll dieses neue Kapital gehören?* Natürlich der deutschen Volkswirtschaft, ruft das Unternehmertum, das ja nie andere als gemeinnützige Ziele verfolgt. Die «deutsche Wirtschaft» ist aber ein etwas abstrakter Begriff, während Kapitalbesitz in jedem Fall eine sehr konkrete und persönliche Angelegenheit ist. Nach der lohnpolitischen Idee der Arbeitgeber soll das neue Volksvermögen als Betriebskapital

durch Abzug vom Arbeitslohn im Besitz der Unternehmer entstehen. Sie halten das für ebenso selbstverständlich wie sie so tun, als ob damit nur wieder der alte Zustand hergestellt würde. In Wirklichkeit aber war früher das Unternehmertum im wesentlichen nicht Besitzer, sondern Schuldner des mobilen Kapitals. Die Besitzer des frühern Geldkapitals sind durch die Inflation zum grössten Teil enteignet worden, wobei die Grossen sicher mehr als die Kleinen verstanden haben, rechtzeitig in Sachwerte zu flüchten. Die Enteigneten wieder in den Besitz ihres alten Kapitals zu setzen, ist aus den verschiedensten Gründen unmöglich. Auch das Unternehmertum denkt gar nicht daran, das neu zu schaffende Vermögen den frühern Besitzern des alten Geldkapitals zu übereignen, etwa die 20 Goldmilliarden Sparkasseneinlagen den Einlegern zurückzuzahlen. Es selber hat ja seine Obligationsgläubiger noch rechtzeitig vor Inflationsschluss mit wertlosen Papierlappen abgefunden. Idealisten, wie die Unternehmer nun einmal sind, wollen sie für die Zukunft neben dem Sachbesitz auch die Sorge für den Besitz des Barvermögens, das von den Arbeitern durch Lohnabzug aufgebracht werden soll, ganz allein übernehmen. Und mit dieser rührend selbstlosen Absicht wenden sie sich werbend an die Öffentlichkeit und preisen sich als die wahren Wohltäter der Arbeiterschaft an!

Die Arbeiterschaft bedankt sich schönstens für die ihr zugemutete Rolle. Sie erhebt Anspruch auf den vollen Lohn, der dem Wert der Arbeit, die sie leistet, entspricht. Wenn ihr schon von den Werten, die sie schafft, nach den Gesetzen der privatkapitalistischen Wirtschaft für die Profitrate und den Kapitalzins erhebliche Abzüge gemacht werden, so hat sie um so weniger Ursache, darüber hinaus noch weitere und ausserordentliche Abgaben zugunsten des Kapitals zu übernehmen. Geradezu unverschämt mutet die Forderung an die Arbeiterschaft an, Lohneinschränkungen auf sich zu nehmen, damit das Unternehmertum in den Besitz neuen Kapitals gelangt. Was die Arbeiter sich vom verdienten Lohn absparen, haben sie ein Recht, selbst zu besitzen. Man gebe den Arbeitern den vollen Lohn, und der Weg zur Bildung eines neuen Sparkapitals im deutschen Volke ist eröffnet. Dass dies kein Trugschluss ist, kann man in der Arbeitgeberschrift im Kapitel: «Material für die Zunahme der Spartätigkeit» selber nachlesen; danach hat die monatliche Vermehrung der Sparkassenguthaben in den Monaten April bis Juni 1924 in Berlin bereits 50 v. H. der Friedenszahl erreicht. Und dieses Resultat trotz niedrigen Reallohnes, grosser Arbeitslosigkeit und unmittelbar nach der Inflationskrise, also in einer Zeit, wo stärker als in normalen Zeiten das Kaufbedürfnis das Sparbedürfnis überwiegen musste. Hier zeigt sich also der Weg, auf dem in der deutschen Wirtschaft neues Kapital entstehen kann, nämlich durch eine möglichst hohe Entlohnung der arbeitenden Masse. Allerdings würde das so entstehende Kapital zwar der Wirtschaft zur Verfügung stehen, aber es würde in Besitz derer bleiben, die es verarbeitet haben, während es nach den Plänen der Arbeitgeber diesen zufallen soll. Das ist der springende Punkt ihrer Lohntheorie.

Man erkennt nun, welche weitgehenden grossen Ziele die Lohnpolitik der Unternehmer sich gesteckt hat. Die Arbeiter sollen die ganzen Lasten der Reparationszahlungen übernehmen, sie sollen ausserdem neben den Tributen, die unter normalen Verhältnissen ohnedem dem Kapital zu entrichten sind, erhebliche Lohnopfer für die Neubildung eines «deutschen Volksvermögens» in der Tasche der Unternehmerklasse bringen. Zu diesem Zweck soll die Arbeitszeit verlängert, der Lohn herabgesetzt werden. Ziel der angestrebten

Entwicklung ist eine unerhört gesteigerte Machtfülle des industriellen Unternehmertums, wirtschaftliche Verelendung und soziale Versklavung der deutschen Arbeiterschaft. Es erübrigt sich, auf die naive Forderung an die Gewerkschaften einzugehen, diese Lohnpolitik der Arbeitgeber zu unterstützen. Da aber auch feierlich die Frage gestellt wird, *wo denn eigentlich das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik liege*, soll ein weiterer Artikel darauf eine Antwort geben.



Aus andern Organisationen.

Von der kommunistischen Partei. Die Partei, die kürzlich in Basel ihren Parteitag abhielt, veröffentlicht ihren Geschäftsbericht pro 1922/24, der mit seinem Umfang von 123 Seiten im umgekehrten Verhältnis zur Grösse der Partei steht.

Der erste Abschnitt handelt von der Organisation der Partei. Wir suchen aber vergebens nach irgendwelchen Angaben über die Mitgliederzahl der Partei oder über Zahl oder Standort der Sektionen. Auch über die Kassenverhältnisse schweigt sich der Bericht vollständig aus. Einzig im Anhang finden wir einen Bericht über die Russlandhilfe und über die «Rote Hilfe».

Als das Haupttätigkeitsgebiet der K. P. werden die Gewerkschaften bezeichnet. Es gelte, die Massen, die unter dem Einfluss der reformistischen Führer stehen, für den Kommunismus zu gewinnen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist allerdings anzunehmen, dass sich die K. P. an dieser «Hauptaufgabe» die Zähne ausbeissen wird. Wir bedauern nur die nutzlos vertane Kraft, die den Gewerkschaften — anders angewandt — nützliche Dienste leisten könnte.

Gegenwärtig steht die Organisation der «Betriebszellen» im Vordergrund, deren Erörterung, wie der Parteitag selber, auch der Bericht einen breiten Raum widmet. Nachdem Moskau eingesehen hat, dass es mit der Zellenbauerei seinen Haken hat und dabei nichts herauskommt als dass sich die Zellenbauer aus den Verbänden hinausmanövrieren, ist als neuester Schlager die Lehre von den Betriebszellen aufgekommen, d. h. die K. P. will ihre Sektionen direkt in die Betriebe verlegen. Den Beschlüssen der Verbände, dass keine Fraktionen in der Gewerkschaft geduldet werden, ist so ein Schnippchen geschlagen; denn es kann doch die Gewerkschaft den Mitgliedern über den Aufbau der politischen Organisation, der sie angehören, keine Vorschriften machen.

Nun, warten wir die Resultate ab! Diese Betriebszellen mögen sich vielleicht in grossindustriell stark entwickelten Ländern Boden verschaffen, vorab in Industriezentren, für unsere kleine Schweiz eignen sie sich nicht. Dagegen ist es wohl denkbar, dass in einzelnen Fällen versucht wird, die Opfer der Tätigkeit der Betriebszellen unter dem Titel «Massregelung» den Gewerkschaften zuzuschieben. Man wird gut tun, jeweiligen zu prüfen, ob es sich um Fälle im Interesse der Gewerkschaft oder im Interesse einer Parteiparole handelt.

Im Kapitel «Die Arbeit in den Gewerkschaften» wird auseinandergesetzt, dass jeder Streik, auch einer Gruppe, zur Einleitung von Solidaritätskundgebungen benützt werden müsse. «Sie rollen» — sagt der Bericht — «die ganze Klassenfront im betreffenden Kampfgebiet auf und sind geeignet, einen ursprünglich rein wirtschaftlichen Kampf einer Gruppe zu einem solchen Klasse gegen Klasse zu verwandeln.» Wir konstatieren denn auch, dass keine Gelegenheit versäumt wurde, in diesem Sinne tätig zu sein, wobei die praktischen Erfolge für die K. P. gar keine Rolle spielen, die Haupt-